



STEINBRÜCK

Seine lukrativen "Nebenjobs" sorgen für Wirbel

Experten fordern neue Regel für Politiker

Berlin – Der Wirbel um Peer Steinbrück (63, SPD) - jetzt fordern Anti-Korruptionsexperten neue Regeln für Politiker. Jochen Bäumel von Transparency International, zum KURIER: "Die bislang geltenden Veröffentlichungspflichten für Abgeordnete sind unzureichend. Die Drei-Stufen-Regelung ist zudem verwirrend. Mandatsträger sollten ihre Nebeneinkünfte in der exakten Summe angeben, außerdem sollte stets die exakte Branche veröffentlicht werden."

Ex-Finanzminister Steinbrück hat seit der Bundestagswahl keine einzige Rede im Parlament gehalten, immer wieder bei Abstimmungen gefehlt. Zeitgleich verdiente er allein mit Vorträgen mindestens 200 000 Euro, wahrscheinlich erheblich mehr. Wie viel genau unklar, da nur ungefähre Angaben bei der Bundestagsverwaltung gemacht werden müssen (z.B. ab 7000 Euro in der höchsten Stufe).

Bäumel sagt, Steinbrücks Verhalten schade der Politik insgesamt: "Wenn er seinem gesetzlichen Auftrag als Mandatsträger nicht nachkommt, muss er vom Bundestagspräsidenten und seiner Fraktion dazu gezwungen werden." Verfassungsrechtler Hans Herbert von Armin (70) forderte indes, Steinbrück müsse sein Mandat niederlegen.

Christian Wiermer

Berliner Kurier, 20.08.2010